

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
17. Wahlperiode

Drucksache 17/1491

26.10.10

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 2010

Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 26. Oktober 2010**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes mit der Bitte um Beschlussfassung in 1. und 2. Lesung noch in der nächsten Sitzung.

Gemäß § 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Warenverkehr (ABl. EG Nr. L 281 S. 31) nehmen die Datenschutzbeauftragten ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit wahr.

In seinem Urteil vom 9. März 2010 (C-518/07) hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen diese Regelung verstoßen hat, in dem sie die für die Überwachung des Datenschutzes im nicht-öffentlichen Bereich in den Bundesländern zuständigen Kontrollstellen staatlicher Aufsicht unterstellt haben.

Der Gesetzentwurf enthält folgende Regelungen

- In materieller Ergänzung der Zuständigkeitsbestimmung des Landesbeauftragten für den Datenschutz in der Bekanntmachung über Zuständigkeiten nach dem Bundesdatenschutzgesetz vom 31. März 1992 (Brem.ABl. S. 219) wird nunmehr gesetzlich klargestellt, dass die unabhängige Rechtsstellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz im öffentlichen Bereich auch bei Ausübung der Aufgaben im nicht-öffentlichen Bereich gilt.
- Regelung der beschränkten Dienstaufsicht des Senats über den Landesbeauftragten für den Datenschutz. Es wird klargestellt, dass eine Dienstaufsicht nur so weit ausgeübt werden kann, wie die Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt wird.
- Normierung der alleinigen Entscheidungsbefugnis des Landesbeauftragten für den Datenschutz über Aussagegenehmigung und Aktenvorlage bei Gericht für sich, seine Dienstvorgänger, Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten.
- Ausschluss des Widerspruchsverfahrens bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen gegen die Landesbeauftragte für den Datenschutz.
- Regelung der Vertretung in gerichtlichen Verfahren. Auf Grund des Anwendungsvorrangs des dieser Regelung entgegenstehenden höherrangigen Europarechts (§ 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Warenverkehr, ABl. EG Nr. L 281 S. 31) ist Artikel 120 der Bremischen Landesverfassung, nach dem die Senatoren innerhalb ihres Geschäftsbereichs befugt sind, die Freie Hansestadt zu vertreten, hier nicht anwendbar.
- Normierung der maßgeblichen Entscheidungsbefugnis des Landesbeauftragten für den Datenschutz für die Stellenbesetzungen sowie maßgeblichen personalrechtlichen Entscheidungen.

Gemäß Art. 260 Abs. 1 AEUV sind von dem verurteilten Mitgliedstaat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem jeweiligen Urteil im Vertragsverletzungsverfahren ergeben. Vor diesem Hintergrund informierte die Bundesregierung die Europäische Kommission mit Mitteilung vom 15. Juni 2010 über den Sachstand des Umsetzungsprozesses in den einzelnen Ländern. Da die Bundesregierung darin noch keine vollständige Umsetzung des EuGH-Urteils mitteilen konnte, wird die Europäische Kommission der Bundesregierung voraussichtlich in Kürze (nächster möglicher Termin: 28. Oktober 2010) ein Mahnschreiben (Aufforderungsschreiben) im Zwangsgeldverfahren mit einer zweimonatigen Stellungnahmefrist übermitteln. Nach Ablauf der zweimonatigen Frist kann die Kommission Klage auf Verhängung eines Zwangsgeldes und Pauschalbetrags gegen Deutschland nach Art. 260 Abs. 2 AEUV vor dem EuGH erheben.

Der Senat bittet, den Entwurf in der vorliegenden Fassung zu beschließen und wegen der dargelegten Eilbedürftigkeit den Gesetzentwurf möglichst noch in diesem Jahr abschließend zu beraten.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes

Vom

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes

Das Bremische Datenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 2003 (Brem.GBl. S. 85 – 206-a-1), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 22. Dezember 2009 (Brem. GBl. 2010 S. 17) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 25 wird wie folgt gefasst:

„§ 25 Rechtsstellung

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist in Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er untersteht der Dienstaufsicht des Senats nur, soweit seine Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt auch für seine Tätigkeit als Aufsichtsbehörde nach § 38 des Bundesdatenschutzgesetzes.“

2. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Er ist oberste Dienstbehörde im Sinne des § 96 der Strafprozessordnung und oberste Aufsichtsbehörde im Sinne des § 99 der Verwaltungsgerichtsordnung, des § 119 des Sozialgerichtsgesetzes und des § 86 der Finanzgerichtsordnung.“

b) Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Die Genehmigung nach § 37 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes erteilt der Landesbeauftragte für den Datenschutz für sich und seine Bediensteten; dies gilt auch für seine Vorgänger und ehemalige Bedienstete, soweit Tätigkeiten in seiner Dienststelle betroffen sind.“

3. § 27 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Gegen Entscheidungen des Landesbeauftragten für den Datenschutz findet kein Vorverfahren (§ 68 Verwaltungsgerichtsordnung) statt; er vertritt die Freie Hansestadt Bremen im gerichtlichen Verfahren.“

b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

4. § 34 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden die Wörter „im Benehmen mit dem“ durch die Wörter „auf Vorschlag des“ ersetzt.

b) Folgender Satz 3 wird angefügt: „Versetzen, Abordnungen und Zuweisungen dürfen nur im Einvernehmen mit ihm erfolgen.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

Allgemeines

Gemäß § 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Warenverkehr (ABl. EG Nr. L 281 S. 31) nehmen die Datenschutzbeauftragten ihre Aufgaben in völliger Unabhängigkeit wahr.

In seinem Urteil vom 9. März 2010 (C-518/07) hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen diese Regelung verstoßen hat, in dem sie die in den Bundesländern für die Überwachung des Datenschutzes im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Kontrollstellen staatlicher Aufsicht unterstellt haben.

In Bremen nimmt der Landesbeauftragte für den Datenschutz die Überwachung des Datenschutzes sowohl im öffentlichen als auch im nicht-öffentlichen Bereich wahr. Es wird nunmehr klar gestellt, dass der Landesbeauftragte in der Wahrnehmung beider Aufgabenbereiche unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist. Dies erfolgt durch explizite Klarstellung der Unabhängigkeit auch für die Tätigkeit als Aufsichtsbehörde nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz im Bremischen Datenschutzgesetz. Gleichzeitig wird auch im Gesetzeswortlaut klar gestellt, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz der Dienstaufsicht des Senats nur unterliegt, soweit seine Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt wird. Weitere mit der unabhängigen Stellung im Zusammenhang stehende Regelungen werden dieser angepasst.

Im Einzelnen

Zu Artikel 1 Nr. 1 (§ 25 BremDSG):

Neben der Beibehaltung der Regelung der Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz wird die nur beschränkte Dienstaufsicht des Senats über den Landesbeauftragten im Wortlaut hervorgehoben. Die Regelung entspricht der für Richterinnen und Richter sowie für die Mitglieder des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen getroffenen Regelung. Es wird klargestellt, dass eine Dienstaufsicht nur so weit ausgeübt werden kann, wie die Unabhängigkeit nicht beeinträchtigt wird.

Werden dienstaufsichtsrechtliche Instrumente ergriffen, die der Landesbeauftragte für den Datenschutz als Eingriff in seine Unabhängigkeit ansieht, kann die Zulässigkeit der Maßnahme gerichtlich geklärt werden.

In materieller Ergänzung der Zuständigkeitsbestimmung des Landesbeauftragten für den Datenschutz für die Datenschutzaufsicht im nicht-öffentlichen Bereich nach dem Bundesdatenschutzgesetz in der Bekanntmachung über Zuständigkeiten nach dem Bundesdatenschutzgesetz vom 31. März 1992 (Brem.ABl. S. 219) wird nunmehr gesetzlich klargestellt, dass die Rechtsstellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz im öffentlichen Bereich auch für die Ausübung der Aufgaben im nicht-öffentlichen Bereich gilt.

Zu Artikel 1 Nr. 2 (§ 26 BremDSG):

Die Regelung passt den bisherigen § 26 Satz 3 an das Erfordernis der europarechtlichen Vorgabe der völligen Unabhängigkeit an, in dem die Entscheidungen über die

Aussagegenehmigung und Aktenvorlage in gerichtlichen Verfahren nicht wie bisher die oberste Dienstbehörde im Benehmen mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz trifft, sondern der Landesbeauftragte selbst entscheidungsbefugt ist. Der Entscheidungsgegenstand der Aktenvorlage im Strafprozess wird weiter ergänzt für Verfahren vor den Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten. Die Erteilung der Aussagegenehmigung wird nunmehr auch für frühere Landesbeauftragte sowie frühere Bedienstete für Tätigkeiten in der Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz dem Landesbeauftragten für den Datenschutz überantwortet. Ergänzend zur bisherigen Regelung ist auch die Einbeziehung seiner selbst und seiner Vorgänger erforderlich. Die Regelung für seine ehemaligen Bediensteten für Tätigkeiten in seiner Dienststelle ist notwendig, da § 46 Absatz 1 des Bremischen Beamtengesetzes für ehemalige Bedienstete die Regelung trifft, dass generell der letzte Dienstvorgesetzte entscheidungsbefugt ist. Für den Fall, dass der Bedienstete zuletzt bei einer anderen Dienststelle tätig war, wird durch die vorliegende Regelung verhindert, dass eine andere Person als der Landesbeauftragte für den Datenschutz über Aussagegenehmigungen in diesem Bereich entscheidet.

Zu Artikel 1 Nr. 3 (§ 27 BremDSG):

Die Regelung greift die Möglichkeit des § 68 Absatz 1 Satz 2 1. Alternative der Verwaltungsgerichtsordnung auf, wonach die Nachprüfung eines Verwaltungsakts oder dessen Ablehnung in einem Vorverfahren gesetzlich ausgeschlossen werden kann. Auf Grund fehlender Rechts- und Fachaufsicht der dem Landesbeauftragten für den Datenschutz übergeordneten Behörde kann diese keine Recht- und Zweckmäßigkeitsprüfung vornehmen; von der möglichen Bestimmung des Landesbeauftragten für den Datenschutz selbst als Widerspruchsbehörde wird aus Gründen der Verwaltungseffizienz abgesehen.

Die Regelung der Vertretung in gerichtlichen Verfahren ist zwingend, da nach Art. 120 der Bremischen Landesverfassung die Senatorinnen und Senatoren innerhalb ihres Geschäftsbereichs befugt sind, die Freie Hansestadt zu vertreten. Dies widerspricht dem europarechtlichen Erfordernis der völligen Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz, denn die Prozessvertretung und damit die Prozesshandlungen bestimmen maßgeblich auch inhaltlich den Prozessausgang. Auf Grund des Anwendungsvorrangs des dieser Regelung entgegenstehenden höherrangigen Europarechts (§ 28 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Warenverkehr, ABl. EG Nr. L 281 S. 31) ist Artikel 120 der Bremischen Landesverfassung, nach dem die Senatoren innerhalb ihres Geschäftsbereichs befugt sind, die Freie Hansestadt zu vertreten, hier nicht anwendbar.

Zu Artikel 1 Nr. 4 (§ 34 BremDSG):

Auch im Bereich der Stellenbesetzung sowie der personalrechtlichen Grundentscheidungen der Versetzung, Abordnung und Zuweisung ist der Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz Rechnung zu tragen. Mit der Regelung wird die der Auswahl folgende Entscheidung der Stellenbesetzung mit einer bestimmten Person oder der Versetzung, Abordnung oder Zuweisung seiner Bediensteten dem Landesbeauftragten für den Datenschutz vorbehalten.

Zu Artikel 2:

Regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.